

Sozialdemokraten

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., POCHOVA 42. TELEFON 5267. ADMINISTRATION TELEFON 52076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



15. Jahrgang

Freitag, 1. März 1935

Nr. 51

Außenminister Simon in Paris

Vorbesprechungen mit Laval

Paris. (Havas.) Außenminister Pierre Laval begab sich um 13 Uhr vom Quai d'Orsay zur englischen Botschaft, um an dem Mittwochsfrühstück teilzunehmen, das der Botschaftler zu Ehren des britischen Außenministers Sir John Simon veranstaltete. Vorher konferierte Pierre Laval mit dem sowjetrussischen Botschaftler in Paris, A. G. Wahrhaftig über das französisch-englische Kommuniqué vom 3. Februar, insbesondere insoweit es den Ostpakt betrifft sowie über das fünftägige Vorgehen. Laval und Simon werden sich wahrscheinlich eingehend mit der Prüfung jener Probleme beschäftigen, die am Vorabend der Simonreise nach Berlin aktuell erscheinen. Diese Reise Simons wird etwa um den 6. März herum verwirklicht werden.

Aufrechterhaltung der Erklärung vom 3. Februar

Paris. Zu der Nachmittag stattgefundenen zweistündigen Aussprache des britischen Außenministers Sir John Simon mit dem französischen Außenminister Laval wird von maßgebenden Stellen mitgeteilt, daß die beiden Außenminister neuerlich die vollkommene Übereinstimmung der Ansichten hinsichtlich der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung aller in der gemeinsamen Londoner französisch-britischen Erklärung vom 3. Februar aufgestellten Grundsätze bestätigt haben. Die französische Regierung hegt volles Vertrauen, daß der britische Außenminister diesen Standpunkt bei seinen Berliner Besprechungen verteidigen wird.

Die französischen amtlichen Kreise verhehlen nicht, daß die Berliner Besprechungen sehr delikat sein werden.

Habsburger eine Gefahr für Mitteleuropa

Paris. „Echo de Paris“ berichtet über die zunehmende Habsburger-Propaganda. Es sagt, daß die Wiederkehr der Habsburger auf den österreichischen Thron nicht bloß eine Verschärfung der revisionistischen Bewegung, sondern auch eine weitere Gefahr und Stören in Mitteleuropa bedeuten würde. Das Blatt erinnert an den von der Kleinen Entente gegen die Rückkehr Otto Habsburgs auf den Thron eingenommenen entschiedenen Standpunkt. Oesterreich hat nicht das Recht, seine Staatsform eigenmächtig zu ändern, sagt „Echo de Paris“ und macht auf die ausdrücklichen Bestimmungen der Großmächte-Konferenzen vom 4. Februar 1930 und vom 31. März 1921 aufmerksam. „Die Großmächte können“, wie die erste Erklärung besagt, „nicht beabsichtigen, daß die Restauration der Habsburger-Dynastie als eine ausschließlich das ungarische Volk betreffende Angelegenheit angesehen werden. Sie erklärten, daß die Restauration der Habsburger-Monarchie den Grundsätzen des Friedensvertrages widersprechen würde und weder anerkannt noch gebildet werden könnte.“

Auch das Blatt „L'Ouvrier“ verhehlt nicht, daß die Habsburgerfrage den Gegenstand großer Schwierigkeiten bei der künftigen Vereinbarung des mitteleuropäischen Paktes bilden werde, da Oesterreich an der Anschauung festhält, daß diese Frage eine innerpolitische Angelegenheit ist, während die Kleine Entente sie für eine internationale Angelegenheit erachtet.

Katholische Gesellenvereine in Südtirol aufgelöst

Innsbruck. Der Präsekt von Bozen hat ein Dekret erlassen, wonach mit sofortiger Wirksamkeit sämtliche katholische Gesellenvereine in Südtirol aufgelöst werden. Diese Maßnahme hängt angeblich damit zusammen, daß die Nationalsozialisten in Südtirol den Versuch gemacht haben, diesen Verein für ihre Propaganda zu benutzen.

Mussolini will den Krieg!

Verhandlungen ohne Ergebnis Die englischen Minister von Sorge erfüllt

London. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, der Mangel an Fortschritten bei der Regelung des italienischen Streites habe die britischen Minister während der letzten 48 Stunden mit Sorge erfüllt. Man habe Schritte unternommen, um die Aufsicht der britischen Regierung in dieser Frage zur Kenntnis Mussolinis zu bringen. Aus Nachrichten aus Addis Abeba gehe hervor, daß die unmittelbaren Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen sich bisher auf Versuche zur Festsetzung einer neutralen Zone zwischen den italienischen und den abessinischen Streitkräften beschränkt hätten. Dagegen scheine der italienische Gesandte in Addis Abeba keine Weisungen zu Verhandlungen wegen der Grenzwirtschaften oder wegen der Festsetzung einer endgültigen Grenzlinie erhalten zu haben.

Die britische Regierung bemühe sich, den in Völkerbundkreisen in Genf entstandenen Eindruck zu beseitigen, daß irgendein geheimes Einverständnis zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien bestehe, auf Grund dessen Italien bei der Durchsetzung seiner Bedingungen bei Abessinien freie Hand erhalten habe.

Rom. Im Hinblick zu den Ausführungen des abessinischen Geschäftsträgers in Rom verlaute aus amtlichen Kreisen, daß die Tassachen den wirklichen Friedenswillen Abessiniens nicht darlegten hätten. Gerade dadurch sei Italien genötigt, Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Die einzigen Forderungen, die Italien stelle, sei eine neutrale Zone und Ersatzeleistungen, die durchaus geringfügig seien, wenn man die „Schwere“ des ganzen Zwischenfalles in Betracht ziehe.

Neue Truppentransporte

Rom. Die Truppentransporte nach Ostafrika werden fortgesetzt. Aus Messina ist Mittwoch der Dampfer „Leonardo da Vinci“ mit 1200 Mann und 110 Offizieren unter dem Kommando des Generals Patone nach Erythraea ausgelaufen und zwei weitere Schiffe mit einer großen Menge von Kriegsmaterial und 400 Genie-Soldaten an Bord haben Neapel verlassen. In Genua werden Truppen und Material auf drei weitere Dampfer verladen. Die römischen Kasernen haben 800 Soldaten und 26 Offiziere verlassen, um sich nach Neapel zu begeben. Von Neapel reisen diese Truppen nach Ostafrika.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen der USA zu Russland?

Washington. (Reuter.) Trotz scharfer Proteste des Staatsdepartements (Außenministerium) erteilte der Außenaußen des Repräsentantenhauses seine Genehmigung zu der am 19. März stattfindenden Debatte über die Resolution des Abgeordneten Tinkham, in welcher die Regierung der Vereinigten Staaten aufgefordert wird, die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland abzubrechen. Senator Barbour hatte eine Resolution gleichen Inhalts bereits früher im Senat eingebracht.

Wie verlautet, sträubt sich das Staatsdepartement mit allen Kräften gegen die Annahme einer solchen Resolution und erklärt, daß derartige Angelegenheiten ausschließlich in die Kompetenz des Präsidenten fielen. Das Staatsdepartement ist der Ansicht, daß die Annahme einer solchen Resolution die weiteren Beziehungen der USA zur Sowjetunion in erheblichem Maße erschweren würden.

Scharfe Opposition gegen Roosevelt

London. (Reuter.) „Morning Post“ meldet aus Washington: Präsident Roosevelt lehnte Donnerstag nach Washington zurück, um einer Situation entgegenzutreten, die genau so kritisch

ist, wie an dem Tage, an dem er zum erstenmal das Weiße Haus betrat. Die Durchführung des Programms ist allseits ins Stocken geraten und der Einfluß des Präsidenten auf den Kongreß geht immer mehr zurück. Präsident Roosevelt hofft, daß die öffentliche Meinung die Senatoren, die in der Lohnfrage bei der Durchführung öffentlicher Arbeiten gegen ihn gestimmt haben, zum Aufgeben ihrer Opposition zwingen werde, doch kann gesagt werden, daß die Opposition im Kongreß fest ist und heute auch schon eine Art unsichtbarer Welle des Widerstandes der öffentlichen Meinung gegen die Wirtschaftspolitik des Präsidenten zu merken ist.

Senat gegen NIRA

Washington. Der amerikanische Senat hat am Donnerstag einen neuen Vorstoß gegen die Regierung unternommen. Er beschloß, die Gesetzgebung des Bundesamtes für die Hebung der Wirtschaftskrise (NIRA) durch den Finanzausschuß des Senates untersuchen zu lassen. Er hat jedoch vorläufig von einer Untersuchung durch den Rechtsausschuß des Senates Abstand genommen. Der Generalstaatsanwalt Cummings gab bekannt, daß die Regierung unverzüglich Verurteilung gegen die Gerichtsurteile einlegen werde, die die Entscheidungen der NIRA für verfassungswidrig erklärten.

Furtwänglers Gang nach Canossa

Berlin. (Deutsches Nachrichtenbüro.) Reichsminister Dr. Goebbels empfing heute mittags Staatsrat Dr. Furtwängler zu einer Besprechung, in deren Verlauf Dr. Furtwängler erklärte, daß er seinen bekannten Artikel über Hindenburg vom 25. November v. J. als musikalischer Sachverständiger lediglich in der Absicht geschrieben habe, eine musikalische Frage vom Standpunkt der Kunst aus zu behandeln. Er bedauere die Folgen und Folgerungen politischer Art, die an seinen Artikel geknüpft worden seien, um so mehr, als es ihm völlig fern gelegen habe, durch diesen Artikel in die Leitung der Reichshaupt-Politik einzugreifen, die auch nach seiner Auffassung „selbstverständlich“ allein vom Führer und Reichskanzler und dem von ihm beauftragten Sachminister bestimmt würde.

Völlige Abstinenz im Dritten Reich unerwünscht

In Berlin wurde am Mittwoch ein interessantes Urteil gegen einen Abstinenzverein gefällt, in dem es heißt: Ein Verein, dessen satzungsmäßiger Zweck darauf gerichtet ist, daß Volk zur vollständigen Enthaltung vom Alkoholgenuß zu erziehen, kann auch im heutigen Staate nicht als eine ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dienende Körperschaft anerkannt werden. In der Begründung des Urteils wird ausgeführt, daß mäßiger Alkoholgenuß keine Gefahr für die Erhaltung der Rasse in oder der Vererbung schädlicher Anlagen in sich birgt. Andererseits wäre die Folge des von dem Verein angestrebten Zieles die Vernichtung der Brauindustrie und die Beseitigung der wirtschaftlichen Grundlagen für den Wein- und Hopfenbau.

Sudetendeutsche und Planwirtschaft Zur Rede des Außenministers

Minister Benes hat am Mittwoch eine Rede gehalten, die gleich den Vorträgen, die er vor kurzer Zeit in der Prager „Urania“ und in Jglau gehalten hat, Beachtung verdient, um so mehr als sich Minister Benes nicht nur auf die Fragen seines Ressorts beschränkt, sondern alle großen inner- und wirtschaftspolitischen Probleme erörtert, die für die Tschechoslowakische Republik von Bedeutung sind. In seinem letzten Vortrage, den er im Industriellenklub in deutscher Sprache gehalten hat, hat sich Minister Benes insbesondere mit den wichtigsten Fragen unserer Wirtschaft beschäftigt.

Dr. Benes hat in diesem Vortrag mit jener Klarheit und Deutlichkeit, die man an dem Präsidenten der Republik ebenso schätzt wie an ihm, ein demokratisches Bekenntnis abgelegt. Er ist für die politische Demokratie ebenso wie für die Wirtschaftsdemokratie und ist ein Gegner wie der politischen so auch der Wirtschaftsdiktatur. Aber Benes beschränkt sich nicht auf die nur negative Abwehr eines politischen- und Wirtschaftsfaschismus, sondern er stellt dem Faschismus auch ein positives Wirtschaftsprogramm gegenüber, welches in der Forderung nach der Planwirtschaft besteht.

Die Begründung für die Planwirtschaft ist für Minister Benes charakteristisch. Der Außenminister ist als Schüler Masaryks in der Wissenschaft, in der Politik und Wirtschaft Realist. Er beobachtet die Entwicklung der Wirtschaft und stellt fest, daß in einer Reihe großer Länder, in Rußland ebenso wie in Amerika, die planmäßig organisierte Wirtschaft gegenüber der freien Wirtschaft des Kapitalismus — in dem einen Land mehr, in dem anderen weniger — in steigendem Maße vorzuziehen ist. Dieser Entwicklung kann kein Staat der Welt ausweichen. Deswegen lehnt Minister Benes den Liberalismus ab und setzt sich für eine Planwirtschaft ein, die er im Rahmen der tschechoslowakischen Demokratie auf dem Wege der Entwicklung allmählich einführen will.

Minister Benes hat hierbei nicht nur jene Planwirtschaft im Auge, wie sie gegenwärtig insbesondere in der Landwirtschaft betrieben wird, sondern er will durch die Planwirtschaft auch die Beschäftigung der Industrie, damit auch der industriellen Arbeiterschaft heben. Erfreulich ist, wie entschieden der Außenminister zum Ausdruck bringt, daß die Politik der landwirtschaftlichen Selbstversorgung allein für die Tschechoslowakei nicht geeignet ist, weil wir einzeln mit uns befreundeten Staaten landwirtschaftliche Produkte abnehmen müssen, um die politische Bundesgenossenschaft mit ihnen aufrecht erhalten zu können. Auf diese Weise können wir auch den Export unserer Industrie fördern und so die Arme der Arbeitslosen einschränken.

Es ist zu begrüßen, daß ein Mann wie Dr. Benes so klar zum Ausdruck bringt, daß man wider die politischen Demokratie allein die großen Probleme der tschechoslowakischen Gesellschaft nicht lösen kann. Will die Demokratie sich behaupten, soll sie neue Freunde finden, dann muß sie zeigen, daß sie imstande ist, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit zu lösen, das heißt, den Menschen Arbeit und Brot zu beschaffen. Das dies die liberal-kapitalistische Wirtschaft nicht mehr imstande ist, wird immer mehr allgemeine Auffassung. Nur die Planwirtschaft kann die große Arme der Arbeitslosen zur Arbeit wieder zurückführen.

Wird das von dem Gesamtgebiet der Tschechoslowakischen Republik, so noch mehr von den deutschen Gegenden des Staates. Dem sudetendeutschen Volk hat die große Krise der Industrie die schwersten Wunden geschlagen. Der freie Kapitalismus ist nicht mehr imstande die deutsche Industriebevölkerung der Tschechoslowakischen Republik zu ernähren. Gerade vom Standpunkt der Deutschen muß für eine planmäßig organisierte Wirtschaft auf das leidenschaftliche eingetreten werden. Denn nur eine organisierte Wirtschaft kann den Wiederaufbau jener Industrie durchführen, die bisher einen großen Teil der

